

Presseinformation

19. Juni 2008

LH Pröll: Zusätzliche Dienstposten im Sozial- und Gesundheitsbereich

Schritt für Schritt zu einer sozialen Modellregion

Niederösterreich schafft im Sozial- und Gesundheitsbereich nicht nur die institutionellen und infrastrukturellen Voraussetzungen, sondern auch die personellen Voraussetzungen. „Im Landesvoranschlag 2009 sind im Sozial- und Gesundheitsbereich 625 zusätzliche Dienstposten vorgesehen“, informierte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll heute Medienvertreter. Der Großteil davon im Kindergartenwesen (435) und in den Landeskliniken (120). Pröll: „Durch die Öffnung der NÖ Kindergärten auch für Zweieinhalbjährige werden zusätzliche Arbeitsplätze für Kindergärtnerinnen geschaffen“. Auch 12 zusätzliche Sozialarbeiter und 23 Fachleute für den Aufbau von drei Krisenzentren in den niederösterreichischen Landesjugendheimen werden eingestellt. Der Landeshauptmann lobte hier auch die „gute und konstruktive Zusammenarbeit“ mit Landesrätin Gabriele Heinisch-Hosek.

„Unser Ziel ist es“, so Pröll, „Niederösterreich Schritt für Schritt zu einer sozialen Modellregion auszubauen.“ Das bringt auch der Dienstpostenplan des Landes zum Ausdruck. 24.345 der insgesamt 32.379 im Landesvoranschlag 2009 vorgesehen MitarbeiterInnen werden im Sozial- und Gesundheitsbereich tätig sein.

Mit einem eigenständigen NÖ Pflegemodell, einer leistbaren 24-Stunden-Pflege in den Heimen und der Abschaffung des Regresses bei stationärer Pflege habe Niederösterreich einmal mehr seine soziale Kompetenz unter Beweis gestellt, unterstrich Pröll. Der Teuerungswelle begegnet das Land u. a. mit der Erhöhung des Heizkostenzuschusses und der Pendlerhilfe. Mit der EVN wurde bereits im April dieses Jahres vereinbart, Strom und Gas nicht zu erhöhen.

Auf Schiene ist auch das Ausbau- und Investitionsprogramm für die niederösterreichischen Spitäler. In Summe werden laut Pröll - „in Niederösterreich wird kein Krankenhausstandort geschlossen“ - eine Milliarde Euro investiert. Auch für die Landes-Pensionisten- und Pflegeheime ist ein Investitionsprogramm von 210 Millionen Euro vorgesehen. Die Heime verzeichnen auch eine steigende Nachfrage, die Landeshauptmann Pröll u. a. mit dem eigenständigen NÖ Pflegemodell und der damit verbundenen Rechtssicherheit begründet.



Presseinformation